

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Landesgartenschau Kamp-Lintfort 2020 GmbH
Am Rathaus 2
Kamp-Lintfort
47475
Deutschland
Kontaktstelle(n): Stadt Kamp-Lintfort, Vergabestelle
Telefon: +49 2842/912-394
E-Mail: vergabestelle@kamp-lintfort.de
Fax: +49 2842/912-367
NUTS-Code: DEA1F
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.kamp-lintfort2020.de>

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E68127721>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E68127721>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Gesellschaft zur Umsetzung einer Landesgartenschau

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Planung, Vorbereitung u. Ausführung v. Maßnahmen im Zusammenhang der Landesgartenschau Kamp-Lintfort 2020 und deren Durchführung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Zechenpark Süd Landesgartenschau Kamp-Lintfort 2020

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45112700

II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Das Bearbeitungsgebiet Teillos 9, Zechenpark Süd' liegt innerhalb des ehemaligen Geländes der Zeche Friedrich-Heinrich. Es grenzt im Süden an die Kattenstraße und im Nordosten an die Ringstraße. Weiterhin

knüpft das Bearbeitungsgebiet an die umliegenden Teillose des Zechenparks an. Im Osten ist dies das Teillos 6 ‚EPZN‘ auf dem ein Kleintierzoo errichtet wird. Im Norden ist dies das Teillos 2 ‚Landschaftsbauwerk‘ mit dem 5-8m hohen Sicherungsbauwerk der RAG MI sowie das Teillos 4 ‚Promenade‘ im Westen.

Auf einer Fläche von rund 25.000 qm wird für die Landesgartenschau 2020 und deren Nachnutzung eine Parkanlage mit hohem Anteil an Grünflächen (Garten- und Landschaftsbauarbeiten) sowie befestigten Flächen (Platz- und Wegebauleistungen) hergestellt. Zusätzlich sind Fallschutzbereiche für einen Spielplatz anzulegen. Während der Bauphase werden die o.g. Teillose parallel bearbeitet. Das Bedienen der Baustelle erfolgt somit z.T. abschnittsweise und je nach Baufreiheit.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45233200

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA1F

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Garten- und Landschaftsbauarbeiten - Geländeflächen herrichten: Abbruch von unterirdischen Hindernissen nach Erfordernis; Anschluss an öffentliche Straße (Abbruch Straßenbord, Asphaltschnitt, Anarbeiten)

- Bodenarbeiten: ca. 1200 m3 Oberboden und Boden lösen, z.T. entsorgen (Wegebau); ca. 1000 m3 Boden- und Oberbodeneinbau und Bodenmodellierungen;

- befestigte Flächen: ca. 1.700 m2 Wassergebundene Wegedecke, ca. 350 m2 Plattenbelag (teilweise in Wassergebundener Wegedecke integriert);

- Fallschutzbeläge: ca. 250 m2 Kunststoff, ca. 400m2 Spielsand

- Abwasseranlagen: ca. 12m Kastenrinnen inkl. Anschluss und Leitungen

- Starkstromanlagen, Tiefbauarbeiten: ca. 200m Leitungsrinnen (maschin.), ca. 350m Erdkabel 5x10mm² liefern und verlegen, ca. 200m Kabelschutzrohr DN100, ca. 6 Stk. Köcherfundamente für Mastleuchten herstellen.

- Einbauten: Papierkörbe

- Pflanzarbeiten: Pflanzung von ca. 95 Hochstämmen.

- Ansaaten: Rasen ca. 21.000 qm, Wiese ca. 1500 qm

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 02/05/2019

Ende: 29/02/2020

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Auf Verlangen hat der Bieter einen Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung durch Vorlage der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Zur Bestätigung können vorgelegt werden: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Nachweisführung zur Eignung:

- Die Eignung kann durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) wird den Vergabeunterlagen beigefügt.

- Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden.

- Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, sind die im Formblatt 124 VHB angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

- Gelangt das Angebot eines präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, hat das Unternehmen zusätzlich die auf Seite 1 des Formblattes 124 VHB angegebenen konkret auftragsbezogenen Bescheinigungen zum Umsatz und zu den Referenzen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen, soweit die Prüfung der Vergabestelle ergibt, dass die im Präqualifikationsverzeichnis hinterlegten Unterlagen die beschriebenen Anforderungen qualitativ und/oder quantitativ nicht oder nicht ausreichend belegen.

- Durch ausländische Unternehmen sind gleichwertige Bescheinigungen vorzulegen.

- Stützt sich ein Bewerber / Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) oder der EEE auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

- Werden die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 6d EU Absatz 1 VOB/A in Anspruch genommen, so muss gemäß § 6d EU Absatz 3 VOB/A die Nachweisführung entsprechend der in den Punkten III. 1 Teilnahmebedingungen und VI. 3 Zusätzliche Angaben geforderten Nachweise auch für diese Unternehmen erfolgen.

- Gemäß § 6d EU Absatz 1 Satz 5 VOB/A hat der Bieter die Möglichkeit, andere Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter in Anspruch genommen hat, einmal zu ersetzen, wenn dieses Unternehmen einschlägige Eignungsanforderung nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 5VOB/A vorliegen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Nachweis umfasst:

- eine Erklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Gibt der Bieter in seinem eingereichten Angebot eine Erklärung ab, dass er im Falle der Auftragserteilung eine Bieter-/Arbeitsgemeinschaft bilden wird, ist sicherzustellen, dass alle Mitglieder der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft gesamtschuldnerisch haften und ein bevollmächtigter Vertreter bestimmt wird.

Nachweisführung zur Eignung:

- Die Eignung kann durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) wird den Vergabeunterlagen beigelegt.
- Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden.
- Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, sind die im Formblatt 124 VHB angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.
- Gelangt das Angebot eines präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, hat das Unternehmen zusätzlich die auf Seite 1 des Formblattes 124 VHB angegebenen konkret auftragsbezogenen Bescheinigungen zum Umsatz und zu den Referenzen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen, soweit die Prüfung der Vergabestelle ergibt, dass die im Präqualifikationsverzeichnis hinterlegten Unterlagen die beschriebenen Anforderungen qualitativ und/oder quantitativ nicht oder nicht ausreichend belegen.
- Durch ausländische Unternehmen sind gleichwertige Bescheinigungen vorzulegen.
- Stützt sich ein Bewerber / Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) oder der EEE auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.
- Werden die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 6d EU Absatz 1 VOB/A in Anspruch genommen, so muss gemäß § 6d EU Absatz 3 VOB/A die Nachweisführung entsprechend der in den Punkten III. 1 Teilnahmebedingungen und VI. 3 Zusätzliche Angaben geforderten Nachweise auch für diese Unternehmen erfolgen.
- Gemäß § 6d EU Absatz 1 Satz 5 VOB/A hat der Bieter die Möglichkeit, andere Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter in Anspruch genommen hat, einmal zu ersetzen, wenn dieses Unternehmen einschlägige Eignungsanforderung nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 5VOB/A vorliegen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Nachweis umfasst:

- Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, wobei für die wichtigsten Bauleistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis beizufügen sind (z.B. Wassergebundene Wegedecke, Pflaster- und großformatige Plattenbeläge, Pflanz- und Saatarbeiten)
 - Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal; zusätzliche Anforderungen:
- a) Anforderungen an das gewerbliche Personal - Es ist der Nachweis zu erbringen, dass der Bieter über einen ausreichenden Anteil an Facharbeitern (Landschaftsgärtner oder Beruf mit vergleichbarem Ausbildungsprofil)

verfügt. Der Nachweis gilt insbesondere als erbracht, wenn der Anteil der Facharbeiter - gemessen am Gesamtanteil der gewerblichen Arbeitnehmer > 2/3 ist.

- Es ist der Nachweis zu erbringen, dass das Personal kontinuierlich geschult ist. Der Nachweis gilt insbesondere als erbracht, wenn 50% des gewerblichen Personals durch überbetriebliche Fortbildungsmaßnahmen geschult wurde. Die Schulung darf nicht länger als 4 Jahre zurückliegen.

b) Anforderungen an das Leitungspersonal - Nachweis, dass der Bieter über einen technischen Betriebsleiter nach §7 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (HWO) verfügt

- Es ist der Nachweis über die Schulung des Leitungspersonals hinsichtlich der ausgeschriebenen Bauweise zu erbringen. Die Schulungen dürfen nicht länger als 4 Jahre zurückliegen.

- Nachweis für den die Baustelle betreuenden Polier über eine 8-semesterige fachbetriebliche Ausbildung, Meister oder gleichwertig.

- Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen an andere Unternehmen vergeben werden sollen.

- Nachweis einer entsprechenden Berufs-/ Betriebshaftpflichtversicherung (Deckungssummen für Personen-, Sach-, und Vermögensschäden)

- Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde oder ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet (zum Beispiel durch Bestätigung durch einen Steuerberater)

- Der Bieter hat auf Verlangen eine aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft vorzulegen. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, die entsprechende Bescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers.

- Der Bieter hat auf Verlangen eine aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorzulegen.

Nachweisführung zur Eignung:

- Die Eignung kann durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 VHB (Eigenerklärung zur Eignung) wird den Vergabeunterlagen beigelegt.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2018/S 210-479194](#)
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 28/03/2019
Ortszeit: 11:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 02/05/2019
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 28/03/2019
Ortszeit: 11:00
Ort:
Stadt Kamp-Lintfort, Am Rathaus 2, 47475 Kamp-Lintfort
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Bieter dürfen bei der Angebotsöffnung NICHT anwesend sein.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
Aufträge werden elektronisch erteilt
Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert
Die Zahlung erfolgt elektronisch
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Die Angebote sind ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform Subreport-ELViS einzureichen.
Bieter die ihr Angebot nicht elektronisch über die Vergabeplattform einreichen werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.
Sicherheiten:
Vertragserfüllung 5% der Auftragssumme, Mängelansprüche 3% der Rechnungssumme Vertragsstrafen:
Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der Vertragsfrist o. der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen: 0,2% der im Auftragschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5,0% der im Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.
Der Bauherr schließt eine Bauleistungsversicherung ab, an der sich der Auftragnehmer in einer Höhe von 0,3 % der Auftragssumme beteiligt.
Der Auftragnehmer beteiligt sich mit 400,00 EUR an einem gemeinsamen Baustellenschild auf dem Zechenareal.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**
Vergabekammer Rheinland

Zeughausstraße 2-10
Köln
50667
Deutschland
Telefon: +49 2211473045
Fax: +49 2211472889

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

07/03/2019